

Beitrag 39 vom 31.03.2026:
Rechtsstaat in Gefahr:

Unser Rechtsstaat in Deutschland ist in seiner Substanz gefährdet und das schon seit vielen Jahren unter anderem – aber keineswegs nur – durch:

1. Eine Überlastung der Justiz durch Überbürokratisierung infolge viel zu vieler komplizierte Gesetze, Vorschriften und Regelungen, die jedes erdenkliche Lebensrisiko wegeregulieren sollen, es aber weder tun noch können oder durch ein grotesk kompliziertes Steuerrecht, das zwar gerecht sein soll, es aber weder ist noch aufgrund seiner Ausgestaltung sein kann. Diese Liste ließe sich problemlos weiter fortführen.
2. Eine weitere Überlastung der Justiz besteht in dem Wunsch, allem und jedem gerecht zu werden, ob beim Umweltschutz, bei dem man jeder Kröte gerecht werden will, aber damit wichtige Infrastrukturmaßnahmen durch endlos lange Prozessen verzögert und dabei ebenfalls die Ressourcen der Gerichte beansprucht oder aber in der Flüchtlingspolitik, bei der man allen zu uns gekommenen Menschen in derart aufwendiger Weise gerecht zu werden versucht, dass sich nicht nur deren Gerichtsverfahren mit allen möglichen Einsprüchen in die Länge ziehen, sondern eben jenes Justizpersonal dort so stark gebunden ist, das es eben anderswo fehlt. Und das merken die Bürger, wenn infolge der Überlastung unserer Justiz ihre Anliegen nicht rechtzeitig oder aber gar nicht mehr hinreichend bearbeitet werden können.
3. Der Rechtsstaat macht sich auch in seiner Substanz unglaubwürdig, wenn er durch Gesetze Versprechungen in Form von Leistungsansprüchen festlegt, welche zukünftig nicht einzuhalten sein werden, so unter anderem im Hinblick auf unseren Sozialstaat mit all seinen Segnungen bei Rente, Gesundheit und Pflege.

Die in den beiden ersten Punkten angesprochene Überlastung der Justiz lässt sich sinnvollerweise auch nicht durch immer mehr Personal nachhaltig lösen, sondern viel eher und besser durch einen massiven Rückbau der Bürokratie. Allein schon aufgrund des demo-

graphischen Wandels werden uns zukünftig in aller möglichen Bereichen Fachkräfte fehlen, auch in der Justiz.

Wenn sich Prozesse also aufgrund der Überlastung so lange hinziehen, dass sie gar nicht mehr vernünftig zu Ende geführt, sogar vermutliche Straftäter gar nicht mehr verurteilt werden können, dann nimmt das Vertrauen in diese existenziell wichtige Säule unseres Staatswesens rapide ab oder bricht irgendwann gänzlich weg.

Es bedarf daher auch des Mutes, nicht alles bis ins letzte Detail kompliziert regeln zu wollen:

Wer allem und allen gerecht werden will, wird am Ende niemandem mehr gerecht!

Die im dritten Punkt angesprochenen staatlichen Leistungszusagen bedrohen den Rechtsstaat und seine Glaubwürdigkeit ebenfalls, weil dort rechtsverbindliche Zusagen gemacht werden, die für zukünftige Generationen wohl nicht einzuhalten sein werden, insbesondere dann nicht, wenn die Politik hierzulande weitgehend so weitermacht, wie bisher.

Gerichte mögen in Urteilen noch so viel auch in letzter Instanz aufgrund der bestehenden Gesetzeslage rechtskonform beschließen:

Wenn schlicht die wirtschaftlichen Grundlagen für all die schönen Zusagen wegbrechen, dann hilft auch kein höchstrichterliches Urteil dagegen. Es kann einfach nicht umgesetzt werden, weil die finanziellen Mittel fehlen.

Vor allem ist dabei auch folgender Sachverhalt zu bedenken: Jene, die vermögend oder sehr gut ausgebildet und daher international gefragt sind, können auch woanders in der Welt als in Deutschland ihr Glück suchen. Und daran können weder Gesetze mit ihren vielen sozialstaatlichen Versprechen noch darauf aufbauende Gerichtsurteile etwas ändern!